

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Sonnabend

24. Oktober 1925

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftstagszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin 53. 68, Cindestrasse 3
Journaldirektor: Dönhoff 202-201

Berlin wählt sozialdemokratisch!

Keine Stimme darf fehlen!

Kurz vor der Stadtverordnetenwahl decken die Monarchisten ihre Karten auf: die deutschnationale Regierungspartei sprengt die Reichsregierung, weil sie die von ihren Beauftragten in Locarno getroffenen Abmachungen nicht anerkennen will.

Der Nie-wieder-Krieg-Vertrag, der dort unter Billigung deutschnationaler Reichsminister abgeschlossen wurde, ist der deutschnationalen Kriegspartei ein Greuel. Sie will den Kaiser wiederhaben und einen neuen Weltkrieg entzünden. Das ist der Sinn ihres Vorgehens.

Berliner Wähler und Wählerinnen! Ihr seid — außer den Badenern — die ersten im Deutschen Reich, die ihre Meinung über das Friedenswerk von Locarno und über die Kriegstreiberei der Junkerpartei bei der Wahl ausdrücken können. Sorgt dafür, daß kein Wähler und keine Wählerin zu Hause bleibt, daß aber jeder und jede für die friedliche Verständigung, gegen Generalspolitik und Säbelrasse stimmt, die uns in neue wirtschaftliche Not und neues Völkermorden treiben wollen!

Nieder mit den Reaktionären, heißt die Losung! Dazu gehört auch und in erster Linie die Deutsche Volkspartei, die die Feindin von Groß-Berlin ist und ihre kulturfeindliche antisemitische Gesinnung erst jetzt wieder in Oberschlesien durch ein Wahlbündnis (gemeinsame Liste) mit den Hakenkreuzern offen an den Tag gelegt hat.

Wähler und Wählerinnen von Groß-Berlin! Eure Entscheidung am Sonntag muß eine vernichtende Niederlage bringen für die Feinde des Friedens, für die Feinde Groß-Berlins, für die Gegner jeder sozialen Kulturarbeit in der Weltstadt Berlin! Aber sie muß einen gewaltigen Sieg bringen für die Anhänger des demokratischen Sozialismus, für die Sozialdemokratische Partei!

Darum wählt alle Liste Eins!

Rettungsversuche.

Die wirkliche Rettung liegt morgen bei Berlin!

Ueber die Bedeutung des deutschnationalen Parteibeschlusses sind in der Rechtspresse die Meinungen geteilt. Die „Deutsche Zeitung“ sieht die Rechtskoalition schon gesprengt und erklärt den Vertrag von Locarno für tot. Auch die „Kreuzzeitung“ sieht die Krise bereits ausgebrochen. Aber die Organe, hinter denen die Schwerindustrie und die Großlandwirtschaft stehen, der „Tag“ und die „Deutsche Tageszeitung“, sind vorsichtiger. Sie sind von der Entwicklung der Dinge sichtbar wenig entzückt. Begreiflicherweise! Denn erstens haben sie wirtschaftliche Interessen zu vertreten, die durch den Beschluß der deutschnationalen Parteileitung bedroht sind. Zweitens aber stehen hinter ihnen die großen Interessentenverbände, denen die deutschnationale Partei nur das Werkzeug ist, mit deren Hilfe sie ihre Herrschaft ausüben.

So erklärt der „Tag“, die deutschnationale Fraktionsführung, die für morgen nachmittag angelegt ist, für entscheidend, bis dahin will er abwarten. Er findet für Luther und Stresemann die Möglichkeit zu bleiben gegeben, auch wenn die Deutschnationalen aus dem Kabinett austreten sollten. Die „Deutsche Tageszeitung“ meint, vom Standpunkt der Regierung aus brauche der deutschnationale Beschluß „durchaus nicht ohne weiteres Anlaß zu einer Regierungskrise zu sein“. Vielmehr könne ihn die Regierung als — eine Rückenstärkung für weitere Verhandlungen mit der Entente über die „Rückwirkungen“ benutzen. Mit anderen Worten, die „Deutsche Tageszeitung“ will, daß die Regierung von der Gegenseite hindende Verpflichtungen bezüglich der „Rückwirkungen“ erreicht und daß dann die Deutschnationalen für Locarno stimmen.

Die volksparteiliche „Tägliche Rundschau“ stellt die Verantwortung der Deutschnationalen für die jetzt entstandene Lage fest und will gleichfalls ihren Beschluß nicht als endgültig betrachten.

Für das Zentrum sagt die „Germania“:

Für die deutsche Politik bedeutet das Vorgehen der größten Regierungspartei eine Blamage von einem Ausmaß ohne Vorbild. Die Initiative für die Sicherheitsverhandlungen ist von dem deutschnational geführten deutschen Kabinett ausgegangen, die deutschnationalen Minister des Kabinetts waren über den Verlauf der Dinge immer und in allen Einzelheiten unterrichtet, sie haben aktiv an ihrer Entwicklung mitgewirkt, dem Ergebnis zugestimmt und nun will die deutschnationale Partei selbst nichts mehr damit zu tun haben. Als wenn sie mit solchen unparlamentarischen Verhalten die Verantwortung für den Fall loswerden könnte! Es rächt sich jetzt für sie, daß sie nicht einen starken Willen zur Nocht, aber nie den Mut zur Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit gehabt hat. Jetzt ist sie in eine Sackgasse geraten und sucht in eiliger Rückkehr den Ausweg. Nun aber die außenpolitischen Dinge so weit gediehen sind, trägt sie auch die Verantwortung für die schwerwiegenden Folgen, die ihr Doppelspiel nicht nur für das politische Ansehen Deutschlands, sondern auch für die Zukunft unseres Vaterlandes im Kreise der europäischen Völker und besonders für das Rheinland haben muß.

Auf einem ähnlichen Ton ist die Kritik der demokratischen Presse gestimmt. Die „Boschische Zeitung“ kommt dabei zu

dem Ergebnis, daß eine Reichstagsauflösung notwendig geworden sei.

Der Plan der „Deutschen Tageszeitung“, die Krise auf dem Wege über die „Rückwirkungen“ einzurenten, ist unausführbar. Voraussetzung für die „Rückwirkungen“ ist die Annahme des Vertrags von Locarno oder zum mindesten das Vertrauen, daß die Annahme gesichert ist. Man kann von der Gegenseite nicht erwarten, daß sie im besetzten Gebiet vollendete Tatsachen zugunsten Deutschlands schafft, um nachher zu erfahren, daß Deutschland den Vertrag gar nicht annimmt. Der deutschnationale Parteibeschluß erklärt das Ergebnis von Locarno für unannehmbar. Für die Deutschnationalen würde damit dieses Ergebnis auch dann nicht annehmbar, wenn bindende Zusagen über die „Rückwirkungen“ erreicht werden könnten. Auch dann bleibt für die deutschnationale Reichstagsfraktion, wenn sie sich nicht in Widerspruch zu den Beschlüssen der Parteileitung setzen will, die Ablehnung des Vertrags von Locarno unvermeidlich.

Nichts geändert werden kann auch an der Tatsache, daß die deutschnationale Parteileitung der Regierung und den deutschnationalen Vertrauensmännern in der Regierung eine schallende Ohrfeige verjagt hat. Sie hat dem außenpolitischen Ergebnis eines seit zehn Monaten betriebenen Rechtsurfes öffentlich die Zensur „nicht genügend“ erteilt. Sie hat festgestellt, daß alle Hoffnungen, die sie bei ihren Anhängern geweckt hat, alle Ankündigungen, nun würde alles ganz anders und viel besser werden, getrogen haben. Sie selbst bescheinigt ihrer eigenen Partei ihre politische Unfähigkeit.

Die Deutschnationale Partei spricht immer von den „großen Führerpersönlichkeiten“. Man hätte danach annehmen können, daß sie ein Duzend solcher großen Führerpersönlichkeiten auf Lager hätte und ein Viertel davon in die Regierung entsenden würde. Wen sandte sie? Schiele, Schlieben und Reuhaus, die heute die Desavouieren, die Blamierten sind. Unter ihrer Mitwirkung ist eine Außenpolitik getrieben worden, deren Ergebnis die Deutschnationale Partei für unannehmbar hält. Diese Leute werden jetzt gegen ihren Willen „abberufen“, d. h. von der eigenen Partei wegen Unfähigkeit davongejagt. Hätte man da nicht besser getan, sie überhaupt nicht in die Regierung zu schicken? Diese Leute haben die denkbar klügste Rolle gespielt: sie haben sich mitschleifen lassen, und jetzt stellt sich heraus, daß nichts hinter ihnen steht.

Man mag jetzt Versuche machen, einzurenten und zu leimen. Aber sie mögen wie immer ausfallen, der moralische Bankrott des Rechtsurfes und der deutschnationalen Partei ist besiegelt. Wieder einmal ist Deutschland unter deutschnationaler Führung glorreich in ein Schlamassel hineingeritten worden. Wieder einmal hat sich gezeigt, daß für immer der Versuch aussichtslos bleibt, den schiedenden politischen Verstand durch stramme Haltung zu ersehen.

Bedenfalls liegen in der jetzt eröffneten Krise die verfahrensten Möglichkeiten beschieden. Dabei darf man eine nicht übersehen: Durch die Bindung der Deutschnationalen an die Regierung und ihre dadurch erzwungene Rücksicht auf Staatsnotwendigkeiten waren die rechtsradikalen aktivistischen Elemente bis zu einem gewissen Grade gehemmt. Der Beschluß der deutschnationalen Parteileitung und erst recht der vollzogene Austritt der Deutschnationalen aus der Regierung beseitigt diese Hemmungen. Man wird sich also von dieser Seite aus allerhand gefahr machen müssen und wird gut tun, die Augen offen zu halten.

Außenpolitisch also wie innenpolitisch ist die Lage voll Gefahren. Der feste Wille des Volkes kann sie überwinden. Wenn morgen die Berliner Wahlen mit einem gewaltigen Sieg der Sozialdemokratie enden, werden trotz deutschnationaler Katastrophenpolitik Republik und Frieden fester dastehen als je!

Deutschnationale Führer bei Luther.

Es soll getuschelt werden.

Im Auswärtigen Ausschuss finden heute mittag zwischen der Reichsregierung, vertreten durch Reichskanzler Dr. Luther vertrauliche Besprechungen mit den deutschnationalen Fraktions- und Parteiführern Hergt, Graf Westarp, Conrad, Koch-Ognhausen und anderen statt. Die Vertreter der Reichsregierung versuchen, die Gegensätze zwischen der Auffassung der deutschnationalen Landesverbände und der Reichsregierung zu überbrücken. In der Reichsregierung hofft man, daß mit der gestrigen deutschnationalen Entschließung von der Partei zu den Locarno-Verträgen noch nicht das letzte Wort gesprochen sein wird.

Angste in Bayern.

Die Bayerische Volkspartei redet den Wampfern ins Gewissen.

München, 24. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Beschluß des Parteivorstandes und der Landesvorstände der Deutschnationalen, das Vertragswort von Locarno für unannehmbar zu erklären, hat die Bayerische Volkspartei und damit auch die bayerische Regierung in außerordentliche Erregung versetzt. In der Sorge wegen eines möglichen Zerfalls der Rechtskoalition im Reich, der auch seine Rückwirkung auf die Zusammenlegung der bayerischen Regierung haben könnte, veröffentlichen die Bayerische Volkspartei durch ihre parteiamtliche Korrespondenz soeben eine längere Erklärung, mit der in erster Linie die Absicht verfolgt wird, auf die bevorstehende, sogenannte letzte Entscheidung der deutschnationalen Reichstagsfraktion einzuwirken. In dieser Erklärung heißt es u. a.: „Der Beschluß der Deutschnationalen hat vor allem die Gefahr nahegerückt, daß die Politik der stärksten Regierungspartei eine Richtung einzuschlagen droht, die vielleicht von einem gewissen egozentrischen deutschnationalen Parteistandpunkt verständlich ist, gegen die aber im Interesse einer vernünftigen und nüchternen, der tatsächlichen Lage Deutschlands entsprechenden nationalen Politik die allerwichtigsten Bedenken erhoben werden müssen. Der Zeitpunkt eines Übergangs aus der Regierung in die Oppositionsstellung könnte nicht unpassender gewählt werden. Den moralischen und praktischen Erfolg einer solchen Taktik hätten jene politischen Parteien, die Gegner einer Zusammenarbeit mit der Rechten sind. In der Bayerischen Volkspartei hält man Beschlüsse mit endgültigem Charakter, seien sie negativ oder positiv, für vorzuziehen und nicht geeignet, der deutschen Außenpolitik, an die allein in diesem Augenblick doch gedacht werden sollte, zu nützen. Diesen Standpunkt vertritt auch die bayerische Staatsregierung. Es besteht zurzeit wirklich kein Anlaß, dem Reichskanzler und dem Reichsaußenminister, die die Verantwortung dafür übernommen haben, daß sich der Vertrag von Locarno noch vor der Unterzeichnung auswirkt, das so notwendige Vertrauen zu entgegen. Man muß abwarten.“

Schutz vor Richtern!

„Lachen links“ bedroht die Republik!

Das republikanische Blättchen „Lachen links“ brachte in seiner Nummer 41 eine Zeichnung, die Hindenburg am Schreibtisch sitzend zeigt, wie er mit flammendem Blick ein Aktenstück mit der Aufschrift „Sicherheitspakt“ studiert, während aus dem Dunkel des Zimmers der Geist Rathenaus taucht, den der Text des Bildes die Worte sprechen läßt: „Unterzeichnen Sie ohne Sorge, Herr Präsident! Gestorben bin ich dafür...“

Wegen dieser Zeichnung hat der Amst Richter von Postel-Burghardt in Lünen bei Dortmund die Beschlagnahme der betreffenden „Lachen-links“-Nummer verfügt und gegen den verantwortlichen Redakteur, den Genossen Friedrich Wendel, ein Verbot auf Grund der Bestimmungen des Republik-Schutzgesetzes erlassen!

Das Vorgehen des Amst Richters in Lünen ist ein neuer Schlag gegen die Freiheit der Presse und zeigt, daß im Kopfe gewisser Richter bereits ein neuer Majestätsbeleidigungsparagraph für Hindenburg existiert. Juristisch ist nämlich die Beschlagnahmeverfügung ein Standeserkenntnis ersten Ranges. Sie wird begründet mit den Worten:

„daß das Bild „Rathenaus Geist“ geeignet ist, den Reichspräsidenten v. Hindenburg verächtlich zu machen und dadurch der Tatbestand der §§ 186 RStGB. und § 8 Ziffer 1 des Gesetzes zum Schutz der Republik erfüllt ist.“

Wir wollen völlig davon absehen, daß kein vernünftiger Mensch in diesem Bild eine Verächtlichmachung des Reichspräsidenten erblicken kann, man müßte denn auf dem Standpunkt des Denunzianten in diesem Falle stehen, daß es eine Beleidigung Hindenburgs sei, ihn mit dem „Juden Rathenaus“ auf einem Bilde zu zeigen. Bis ungeheuerlicher ist, daß der Amst Richter v. Postel-Burghardt weder den § 186 des Strafgesetzes, noch den § 8 Ziffer 1 des Republik-Schutzgesetzes zu kennen scheint. § 186 RStGB. erfordert nämlich die Behauptung nicht erwiesener Tatsachen, § 8 Ziffer 1 des Republik-Schutzgesetzes hat nicht zur Voraussetzung Verächtlichmachung, sondern Beschimpfung oder Verleumdung eines Mitgliedes der Regierung und trifft auch nur dann zu, wenn durch diese Beschimpfung oder Verleumdung die republikanische Staatsform als solche herabgewürdigt werden soll. Der Beschluß des Amst Richters v. Postel-Burghardt verrät somit eine bodenlose Unkenntnis der Gesetze. Die ganz falsche Einführung der strafrechtlichen Tatbestände läßt die Beschlagnahme daher als einen ganzlich ungerechtfertigten Willkürakt erscheinen, wegen dessen gegen seinen Urheber im Disziplinarwege eingeschritten werden muß.

Daß der im Falle Kroner so anmaßend auftretende „Preussische Richterverein“ etwa seinen adligen, aber dafür selbsteckelnden Kollegen aus Lünen rüffeln würde, wird niemand erwarten!

Schnellste Räumung von Köln.

Vondoner Befehl an die Besatzungstruppen.

London, 24. Oktober. (W.T.B.) Wie Reuters Bureau aus Köln meldet, hat die britische Armee am Rhein Befehl erhalten, sobald wie möglich nach Wiesbaden abzurücken.

Chamberlain gegen „alte Erinnerungen“.

London, 24. Oktober. (W.T.B.) Bei einem Empfang von Vertretern der britischen Reichspresse erklärte Chamberlain: Locarno hat einen wichtigen Beitrag zum Frieden der Welt geleistet, und die britische Regierung beabsichtigt, ebenso wie die übrigen dort vertretenen Regierungen, für dieses Abkommen voll einzustehen. Ich hoffe, daß das unter den Ministern in Locarno erzeugte und von ihren Regierungen, an die sie Bericht erstatteten, geteilte Vertrauen sich in immer größeren Kreisen unter ihren Völkern ausbreiten wird. Wenn die Welt und wir selbst einen vollen Vorteil aus diesen Verträgen ziehen wollen, so müssen wir die alten Erinnerungen beiseite stellen. Denkt an die Vergangenheit eher, um eine Wiederholung unserer Fehler zu vermeiden, als um euch an die Fehler anderer zu erinnern, und tretet den Möglichkeiten,

die uns offen stehen, mit Vertrauen, Glauben und Loyalität gegenüber, gegenüber in dem Glauben, den wir geschaffen haben.

Chamberlain erklärte hierzu in Beantwortung von Anfragen: 1. Die Freiheit jedes Dominions ist vorbehalten. Der Vertrag bindet kein Dominion, außer wenn es sich freiwillig dazu verpflichtet. 2. Was bisher die Durchführung der Abrüstung verhindert hat, ist Argwohn und Furcht gewesen, die beseitigt werden müssen, um die Abrüstung möglich zu machen. 3. Europa stößt keineswegs auf Rußland ab, Rußland ist es selbst, was sich fernhält. 4. Die Regelung der östlichen Fragen ist viel leichter gewesen als ich erwartet habe. Der schwierigste Punkt ist vielmehr der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gewesen. 5. Es besteht keine Frage über einen Mandatswechsel. Selbst wenn einer erforderlich ist, ist Deutschland für ein Mandat wie jedes andere Land wählbar. Auf die Anfrage, ob es nicht besser sein würde, den Gebrauch des Wortes „Alliierte“ in seiner gewöhnlich angenommenen Bedeutung fallen zu lassen, antwortete Chamberlain: Ich bin gegen jedes Wort, das eine Spaltung Europas in zwei Gruppen bedeutet. Wir wollen den Gedanken los werden, daß zwei Völker Freunde sind, sie notwendigerweise gegen ein anderes Volk Komplote schmieden müssen. Die gesamte Grundlage unserer Verständigung mit Deutschland ist die unerlöschliche Freundschaft zwischen Frankreich und uns; die eine fundamentale Tatsache, die nicht vergessen werden darf, ist, daß unsere Verständigung mit Deutschland gegründet ist auf die alte Freundschaft mit Frankreich und nicht auf das Braut dieser alten Freundschaft.

Zusammentritt der Botschafterkonferenz.

Der Gang der Prüfung der deutschen Note.

Paris, 24. Oktober. (W.T.B.) Wie „Echo de Paris“ mitteilt, ist die Botschafterkonferenz für Anfang kommender Woche einberufen worden, um sich mit der deutschen Note zu befassen. Man kündigt die bevorstehende Ankunft des Generals Walsh, des Vorsitzenden der Interalliierten Militärkontrollkommission, aus Berlin an. Nach dem „Journal“ tritt die Botschafterkonferenz am Dienstag zu einer Sitzung zusammen. Sie werde das sehr umfangreiche deutsche Dokument sofort dem Interalliierten Militärkomitee von Versailles unterbreiten; es könne nichts unternommen werden, bevor sich die Sachverständigen geäußert hätten.

Der Optantenbeschluß.

Amtliche polnische Erklärung.

London, 24. Oktober. (W.T.B.) Die polnische Telegraphenagentur verbreitet folgende amtliche Mitteilung: Die polnische Regierung hat beschlossen, mit der Frist vom 1. November 1925 die Zwangsausweisung deutscher Optanten anzuhalten, die entsprechend den Bestimmungen der Wiener Konvention, längstens bis zum 1. August bzw. 1. November ihren Wohnsitz von Polen nach Deutschland hätten verlegen sollen. Diese Personen werden, was ihr Aufenthalt in Polen nicht zu vermeiden ist, sobald die Sanierungsarbeiten unter Dach und Fach sind, zur weiteren Entscheidung der Regierung auf gleichem Fuß mit den anderen deutschen Staatsbürgern gesetzt werden.

Vertrauensvotum für Grabki.

Warschau, 24. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der polnische Sejm lehnte am Freitag die gegen die Regierung vorliegenden Mißtrauensanträge ab. In dieser Abstimmung dürfte eine Billigung der Außenpolitik des jetzigen Kabinetts zu suchen sein, obwohl die innerpolitische Situation der Regierung Grabki äußerst schwierig ist. Allgemein wird die Auffassung vertreten, daß ein Kabinettswechsel in Polen nicht zu vermeiden ist, sobald die Sanierungsarbeiten unter Dach und Fach sind.

Die „rein diplomatische Phase“.

Athen droffelt ab.

Athen, 24. Oktober. (W.T.B.) Die griechische Regierung veröffentlicht folgende Erklärung: Nach dem griechischen Vormarsch bei Petritsch müssen die griechischen militärischen Operationen als beendet angesehen werden, da sie ihr Ziel erreicht

haben. Der griechisch-bulgarische Zwischenfall tritt jetzt in eine rein diplomatische Phase ein, in deren Verlauf Griechenland auf den geforderten Genugtuungen wird bestehen müssen. In der Meldung heißt es weiter, daß die von den Griechen gestern erlittenen Verluste 4 Tote und 8 Vermundete betragen und daß die Griechen mehrere Gefangene gemacht haben.

„Griechenland hat angefangen.“

Sofia, 24. Oktober. (Meldung der bulgarischen Telegraphen-Agentur.) Die bulgarische Regierung hat die Mitglieder der Militärkontrollkommission eingeladen, sich an den Ort des bulgarisch-griechischen Grenzzwischenfalles zu begeben, um sich an Ort und Stelle zu unterrichten. Es liegt alle Veranlassung vor, anzunehmen, daß Griechenland die Aktion gegen bulgarisches Gebiet seit langem sorgfältig vorbereitet hat. Schon seit gewisser Zeit suchten griechische Soldaten systematisch einen Zwischenfall heraufzuredern; sie haben sich nicht gehesert, Grabenkämpfer der im Balkankrieg gefallenen bulgarischen Offiziere und Soldaten zu beschädigen.

Der griechische Vormarsch auf bulgarischem Gebiet scheint gegenwärtig zum Stillstand gekommen zu sein. Die griechischen Truppen besetzen in einem Abschnitt von etwa 30 Kilometer Länge und 12 Kilometer Tiefe sieben bulgarische Dörfer. Griechische Artillerie beschießt weiterhin die Stadt Petritsch, wo bisher drei Kinder und vier Frauen getötet wurden. Mehrere Granaten großen Kalibers, die aus Ferngeschützen abgefeuert waren, schlugen unmittelbar vor Petritsch ein. Der bulgarische Posten Nr. 8 wurde in Brand gesetzt. Die schwachen bulgarischen Detachements befinden sich weiter auf dem Rückmarsch. Es wurden bisher 25 Bulgaren — Soldaten und Zivilbevölkerung — getötet. Die Einwohner des Gebiets, in das die griechischen Truppen eingedrungen sind, fliehen. Sie können ihre Habe und ihr Vieh nicht holen, weil die griechische Artillerie Sperrfeuer auf die betreffenden Bezirke geleitet hat. Die Zahl der Flüchtlinge, die sich in der größten Not befinden, beträgt 15000. Die griechischen Truppen nehmen in den besetzten Dörfern Beschlagnahmungen vor. Die Nachhut der griechischen Truppen hat regelrechte Plünderungen veranlaßt.

Blum über sozialistische Finanzpolitik.

Besserung der Besitzenden.

Paris, 24. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In einer gestern abend von den sozialistischen Verbänden des Seine-Departements einberufenen Versammlung definierte der Abg. Léon Blum die Haltung der Sozialistischen Partei gegenüber der augenblicklichen innerpolitischen Krise. Die Sozialistische Partei werde alle Projekte ablehnen, die nicht die Gewähr einer endgültigen Ueberwindung der finanziellen Schwierigkeiten böten. Insbesondere sei die sozialistische Fraktion gegen jede Inflation, deren Kosten in erster Linie die Arbeiterklasse zu tragen hätte. Deshalb werde sie entschieden gegen jede Vermehrung des Notenumlaufs Stellung nehmen. Ebenso wenig werde es die Fraktion zulassen, daß man den Inhabern der staatlichen Anleihen, Renten und Schatzwechsel allein die Kosten der Sanierung aufbürde. Die Erfassung des Kapitals dürfe sich nicht an eine einzige Kategorie des Vermögensbesitzes halten, vielmehr müsse die Gesamtheit der Besitzenden nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit dazu herangezogen werden.

Verstimmung an der Börse.

Wegen deutschnationaler Krisenmache.

Die innerpolitischen Verhältnisse und Zuspitzungen bedrückten die heutige Sonnabendbörse außerordentlich und bewirkten namentlich im Gegenzug zur letzten Sonnabendbörse Minimalumsätze. Die vereinzelt günstigen Wirtschaftsnachrichten traten infolge der innerpolitischen Verunsicherung ganz in den Hintergrund. Die Tendenz war in der ersten Börsenstunde auf der ganzen Linie rückläufig. Erst als der Kassamarkt ein verhältnismäßig behauptetes Ansehen zeigte, schritt man auch an den anderen Märkten zu Rückfällen, zumal unbedeutende Nachrichten über nochmalige Vermittlung Lüthers mit den Deutschnationalen umhergingen. Publikums- und Auslandskäufe fehlten vollständig. Die Spekulation blieb unter sich. Der Geldmarkt war leicht, täglich Geld für erste Firmen 7 1/2 Proz., sonst bis zu 9 1/2 Proz. Die weitere Schwäche des französischen Frank beunruhigt außerordentlich.

Wieder ein Lustspiel mit Gemüt.

Der alte Graf Varigny hat sich von seinem Sohn Jean losgesagt, weil dieser Chansonsänger und Kabarettist geworden ist. Da ihm erhebliche materielle Vorteile winken, wenn der verlorene Sohn die Tochter seines Geschäftspartners heiratet, knüpft er lebhaft die Verbindung mit seinem Sproßling wieder an. Er stellt ihm 500 000 Frank auf den Tag der Hochzeit in Aussicht. Der verlorene Sohn seinerseits lebt mit der rumänischen Studentin Raica zusammen, in Dürftigkeit zwar, aber in jubelndem Glück. Um die Alltagsorgen — Hunger, Schulden, Gerichtsvollzieher — zu beschwören, will er das Opfer der verlangten Heirat bringen, sich aber sofort scheiden lassen. Da fällt der kleinen Raica ein, daß es viel nützlicher wäre, wenn sie sich opferie. Sie bietet sich daher einem reichen, alten Leibarzt an, der ihr schon lange nachstellt — für 500 000 Frank. Dieser Baron, der rettendes Theaterschicksal, entsuppt sich als der Graf, Jeans Vater. Die Keckheit des lockeren Zwiesgesprächs zwischen dem Verlebten und der Amisprigen biegt plötzlich zu gemütvoller Tragik ab. Rührung schwebt ins Parquet und Tränen fließen. Sie spricht — abnungslos zu dem — von ihrem Willen, ach, nun unumwollten Glück, der Graf geht in sich, streift den listernen Leibarzt endgültig ab und gibt seinem Sohn Vermögen und die Hand der guten kleinen Raica.

Das ist der Inhalt des vieraktigen Lustspiels: „Lopj oder Schrift“ von Louis Bernuall. Den Stoff kennt jeder, der Courths-Mahler und sonstige Koloristromanlektüre treibt. Ich erzähle ihn so ausführlich, nur um zu beweisen, daß auch den französischen Dramatikern nichts mehr einfallen scheint. Der Pariser Ursprung zeigt sich lediglich in einigen lauten Ausprüchen, wie etwa: „Ach, pfänden sie nicht das Bett. Wir lieben uns.“ Sein Bühnengedicht erweitert der rührige Lustspielfabrikant Bernuall in manchen lustig erdachten Situationen. Sonst aber ist alles all: die Souperhandlung und die zahlreichen Nebenhandlungen. Es war kein glücklicher Griff, den da Bernuall für das Komödienhaus getan hat. Die Verquickung von stättriger Frivolität mit dem Appell an die Tränenröhren ist unnatürlich und hinterläßt einen jeden Nachgeschmack.

Der Abend im Komödienhaus bot eine Ueberraschung: die Gäste mußten maunze und lacherte und plapperte allerliebste wie immer als leichtlebige Weibchen im zweiten und vierten Akt. Im dritten aber verlangte das Stück von ihr große Tränen. Und siehe da, sie schaffte es. Zwischen die lauten Worte tollerten ihr die Tränen, aus dem Alltäglichen wurde ein rührendes Mädchen von zarter Sinnlichkeit. Für Roberts künstlerisches Empfinden spricht es, daß er die recht andenkbare Rolle des alten Grafen übernommen hatte. Er übertrieb nicht, brachte nicht nach Effekten und war ein Muster von unmaßvoller Bescheidenheit. Und später, als er Einsicht hielt, öffnete auch er die Herzen für den Klang leiser Tragik. Mit den kleineren

Rollen fanden sich jamos der immer herzerfrischende Georg Alexander und der bescheidene, besinnliche Albert Bäcker ab. Felix Brechtart glückte es, in einer ganz kleinen Episode aufzufallen. Er war aufdringlich bis zur Unerträglichkeit. Dgr.

Die Bibliothekare gegen den neuen Generaldirektor der Staatsbibliothek. Zum Generaldirektor der preussischen Staatsbibliothek ist vor kurzem der Ministerialdirektor Krüh ernannt worden. Da er Nichtfachmann ist und auch nichts darüber bekannt geworden ist, daß er auf diesem Gebiete etwas geleistet habe, ist verständlich, daß der Bibliothekerverein sich gegen seine Ernennung wendet. Es hat bei den Bibliothekaren Enttäuschung, Verwunderung und Befremden hervorgerufen, daß die höchste in Preußen (und Deutschland) zu besetzende Bibliothekarstelle, welche die größte Vertrautheit mit den Fragen des Bibliotheksbetriebs voraussetzt, nunmehr einem Verwaltungsbeamten übertragen wird. Auch unter den Bibliotheksdirektoren in Preußen und im Reich wären sicherlich Männer zu finden gewesen, die das Amt mit Eifer fortzuführen und den mannigfachen Aufgaben des Generaldirektors der Staatsbibliothek, seien es technische oder solche der Wissenschaftsorganisationen, gerecht zu werden vermocht hätten.

Der Protest wird nicht mehr nützen. Uebrigens war der vorletzte Generaldirektor Harnack auch kein Fachmann, aber doch ein Gelehrter von großem Namen, ein Freund des Kaisers. — Herr Krüh wird durch die Tat, durch die Durchführung der dringend notwendigen Reformen, beweisen müssen, daß er noch mehr als ein bei seinem Minister gut angesehener Geheimrat ist.

Wo bleibt Moses? Von dem führenden Londoner Ägyptologen William Flinders Petrie wird die von einem Berliner Mittagsblatt vor einigen Tagen in großer Aufmachung gebrachte Nachricht, Prof. Dr. Grimm habe eine der am Berge Sinai gefundenen Tafeln als „Brief Moses“ entziffert, bestritten. Sir Petrie äußerte sich: „Ich glaube nicht, daß man Dr. Grimms Behauptung irgendwie ernst nehmen kann. Seine Entdeckung war bereits in einem Buch, das er vor zwei Jahren veröffentlichte, dargelegt, und seitdem hat er seine Behauptungen vor den Wissenschaftlern aufrechterhalten; aber wer auch nur etwas Logik besitzt, ist nicht geneigt, ihnen zu glauben. Es hat den Anschein, als ob Dr. Grimm von der Verwitterung der Steintafel herührende Spuren für Schriftzeichen gehalten hat.“

Die Mäusefamilie in der Streichholzschachtel. Größtes Interesse erregt zurzeit bei den Besuchern des Londoner Zoologischen Gartens ein Tierchen, das wahrscheinlich in Europa noch nie zuvor gezeigt worden ist. Es gilt als das kleinste Säugtier der Welt und ist so winzig, daß von den zwölf Exemplaren der Gattung, die von Afrika, wo das Tier beheimatet ist, nach England geschickt worden waren, sechs unterwegs spurlos verschwunden sind. Man kann, ohne sich einer Uebertreibung schuldig zu machen, behaupten, daß es kein metallenes Netz gibt, das so fein gespannt wäre, daß die kleinen Mäuschen — denn um solche handelt es sich — daraus nicht entweichen könnten; sitzen sie aber drin, so sind sie nicht selten völlig unsichtbar. Man hat deshalb in London für die Unterspürer einen Glaszylinder bauen müssen, wie man ihn in Aquarien und Terrarien für Schlangen und ähnliches Getier hinstellt. Im übrigen aber haben

die Zwergmäuse, die nach London gebracht worden sind, sich in ihrer neuen Heimat recht gut eingelebt, so daß sie bereits dabei sind, sich zu mehren und neue Familien zu gründen. Eine Räudefamilie von sechs Individuen kann bequem in einer normalen Zündholzschachtel untergebracht werden. Da man bisher noch niemals Gelegenheit gehabt hatte, die pudigen Rager richtig zu erschauen, kommen jetzt viele Zoologen und Naturforscher in den Zoologischen Garten, um die Mäuse in ihrem täglichen Leben und in ihren Sitten und Gewohnheiten zu studieren.

Latente Schriftzeichen in Japan. Schon lange war man in Japan bestrebt, an Stelle der bisher üblichen chinesischen Schriftzeichen die international gebräuchlichen lateinischen Buchstaben einzuführen. Obwohl schon fast jeder gebildete Japaner die lateinischen Buchstaben für brauchbarer hält, stößt die Veränderung der geltenden Gewohnheit auf Schwierigkeiten, weil die Ausdrucksweise der japanischen Sprache für die lateinischen Schriftzeichen gewisse Veränderungen verlangt. Vor kurzem hat nun aber ein bekannter Universitätsprofessor in Kioto ein neues Werk über die Geschichte der modernen Philosophie ganz in lateinischen Buchstaben veröffentlicht. Auch ein Professor in Tokio hat erklärt, daß er in Zukunft alle seine Bücher nur in lateinischen Buchstaben schreiben will. Wenn dies Beispiel allgemeine Nachahmung finden wird, so bedeutet das für die geistige Arbeit in Japan eine ungeheure Erleichterung. Heute verlieren die japanischen Schulfächer noch ihre meiste Zeit, um mehrere tausend chinesische Schriftzeichen zu studieren. Durch Bestrebungen der französischen Regierung ist in Indo-China die Einführung der lateinischen Schriftzeichen bereits erfolgt. Das hat Japan eine starke Anregung gegeben.

Die Ergebnisse der letzten indischen Volkszählung. Die letzte Volkszählung in Indien, die bereits 1921 stattfand, hat ein so riesiges Material ergeben, daß die Aufarbeitung erst jetzt vollendet ist. Nach dem Schlussbericht ist besonders auffallend die geringe Bevölkerungszunahme im letzten Jahrzehnt; sie betrug nur 1,2 Proz. gegen 7 Proz. im vorigen Jahrzehnt. Die Hauptursache für die geringe Vermehrung war die große Influenza-Epidemie von 1918/19, die in wenigen Monaten mehr als 12 Millionen Menschen, 4 Proz. der indischen Gesamtbevölkerung, dahintrat. Die vorausgegangenen schlechten Erntejahre und damit verbundene Hungersnöte hatten den Boden für diese ungeheure Ernte bereitet, die der Tod hieß. Von den 319 Millionen Indern sind 73 Proz. Bauern und nur 10 Proz. in der Industrie beschäftigt. Infolge des europäischen Einflusses haben die Kindererziehung ständig abgenommen.

Erwähnungen der Woche. Mont. Berliner Zb.: „Variete“. Mittw. Haller-Zb.: „Fäden“. Donn. Kammerzettel: „Das Wollspiel“. Freit. Trianon-Zb.: „Die Klammern“. Sonnab. Kulturspielhaus: „Votisch u. Vermlutter“ (II).

Kreis-Vorleser. Täglich 9 Uhr: „Die Verurteilten“ (Kun). Sonnab. 7 Uhr: „Johann Strauß“. Täglich außer Montag: Das Land der 1000 Freuden“. Von Montag ab 8 u. 7 Uhr: „Kellerlebnisse auf den Fildsch-Bänken“. Mittw. 7 Uhr: „Die abessin. Tierfang-Expedition“.

Größtes „Hensibel“, in der Bühnenbearbeitung von Leopold K. J. H. er die täglich am Stadt-Theater gespielt wird, ist neben als auch bei Decker & Co., Berlin S. 14, erhältlich.

Wollt Ihr das?

Der morgige Sonntag entscheidet über das Wohl und Wehe der Millionenstadt Berlin. Er entscheidet darüber, ob diese einzigartige Stadt vieltausendfältiger Arbeit nach den volkswirtschaftlichen Grundgesetzen eines privatkapitalistischen unkontrollierten Profitmobs oder gemäß den vernunftgemäßen Gesetzen sozialer und kultureller Fortentwicklung geleitet werden soll. Wollt Ihr, Männer und Frauen des werktätigen Volkes, daß das Bürgertum auf der ganzen Linie die geistige Freiheit, die pädagogische Unabhängigkeit niederdrückt und die grenzenlose Dummheit, von der die Glorie der Staatskrone umwittert in allen unseren Schulen wieder ungehindert Eingang hält? Wollt Ihr, daß die egoistische Politik des bürgerlichen Rechtsblocks Wasser- und Elektrizitätsversorgung der Stadt Berlin der Privatwirtschaft in die Hände spielt? Wollt Ihr, städtische Arbeiter und Angestellte, daß ein bürgerlicher Berliner Magistrat für alle Scharfmacher und Lohndrücker der deutschen Industrie zum nährlichen oder unrührlichen Vorbild wird? Wollt Ihr, daß alle sozialen, kulturellen und hygienischen Vorteile fortschrittlicher Aufbebauarbeit der Remilitarisierung der Profiteure zum Opfer fallen? Wer für wirtschaftlichen und kulturellen Niedergang unseres Gemeinwesens ist, wählt am 25. Oktober die nationalsozialistische Parteien. Wer für den wirtschaftlichen Aufstieg, für die soziale Durchdringung Berlins mit dem Geiste der Freiheit, der Arbeit und des Fortschritts ist, wählt am Sonntag die Partei des Volkes, die Sozialdemokratie!

Berliner Anleiheerfolg.

Aus New York kommt die erfreuliche Meldung, daß unter dem Eindruck der Nachrichten über die Vereinbarungen von Locarno eine allgemeine Hausse in deutschen Anleihen eingeleitet hat. Daraus hat auch die letzte Berliner amerikanische Auslandsanleihe profitiert. Bekanntlich waren von dieser Anleihe, deren Gesamtbetrag sich auf 15 Millionen Dollar bezifferte, bisher nur 1 1/2 Millionen Dollar untergebracht. Jetzt wird aus New York gemeldet, daß das Bankhaus Speyer u. Co., das die Berliner Anleihe emittiert, bei der neuen Hausse deutscher Anleihen auch den letzten Abschnitt in Höhe von 3 1/2 Millionen Dollar hat verkaufen können, wobei der Kurs der Anleihe bis auf 90 1/2 Proz. anziehen konnte. Der ursprüngliche Ausgabekurs betrug 89 Proz. Dadurch werden der Stadtkasse für den Ausbau des Kummelsburger Elektrizitätswerks weitere 13 Millionen Mark zuzuführen, so daß der Bau nicht gefährdet wird. Nach den Angaben des Kommercers sind die Verhandlungen über die Auslegung einer weiteren Anleihe in Höhe von 10 Millionen Dollar bereits weit fortgeschritten. Man hofft, diese 10 Millionen Dollar zu Beginn des nächsten Jahres unterzubringen. Für den so wichtigen Ausbau unserer Berliner Elektrizitätswerke ist die Entwicklung des amerikanischen Anleihe-marktes, die eine direkte Folge der vernünftigen Wendung der deutschen Außenpolitik ist, gar nicht hoch genug einzuschätzen. Auch werden die Verhandlungen über die Schweizer Anleihe, bei der die Stadtverordneten betänzlich in den Anleihebedingungen Forderungen vornehmen wollten, durch die günstige Entwicklung des amerikanischen Marktes sicher im Interesse Berlins beeinflusst. Beirät werden nur die Volksparteier und die Kommunisten sein, die in der letzten Sitzung des Berliner Staatsauschusses der Stadt vereint die größten Schwierigkeiten zu machen suchten.

Preise und Wahl.

Es gibt keine verlogener Propaganda als die Verwaltung irgendeiner Stadt und jetzt anfänglich der Stadtverordnetenwahlen die Berlinis dafür verantwortlich machen zu wollen, daß die Preisabwärtigung der bekannte Bluff der Rechtsregierung bisher keinen wahrnehmbaren Erfolg gezeigt habe. Dank der Treiberei der rechtsgerichteten Kreise ist es ja gelungen, alle Maßnahmen, mit deren Hilfe eine Gemeinde in der Lage war, einen Einfluß auf die Preise zu nehmen, abzubauen und von den ganzen Belegten sind nichts als polizeiliche Maßnahmen übrig geblieben: die Preisüberwachung und die Preisprüfungsstellen. Jede Anregung der Stadt zur Verminderung der Preise für Lebensmittel wird von bürgerlicher Seite durchkreuzt. In der Gefrierfleischfrage war den für den Verkauf von Gefrierfleisch in Betracht kommenden Händlern anheimgegeben worden, sich für den Einkauf des Gefrierfleischs genossenschaftlich zusammenzutun, damit diese einzige Einkaufsquelle in der Lage ist, die gesamte Menge auf einmal einzukaufen und damit den Einkaufspreis zu verbilligen. Den anregenden Magistratsmitgliedern wurde von den Fleischern erklärt, daß einmal das Risiko zu groß wäre, daß das erforderliche Kapital nicht vorhanden wäre und außerdem daß sich kein Importeur finden würde, der allein die Einfuhr einer derartig großen Menge von Gefrierfleisch übernehmen würde. Die Rolle, die der Stadt Berlin in der Gefrierfleischfrage zugehoben ist, ist nicht zuletzt dank den Bemühungen des deutschnationalen Ernährungsministers Graf Koenig eine rein passive geworden. Die Stadt Berlin bzw. die Bezirksämter müssen sich darauf beschränken, die für die Gefrierfleischkonfession eingehenden Anträge der Fleischmeister nachzuprüfen, vor allen Dingen nach der Richtung hin, ob die dort angegebenen Verkaufsmengen aus früherer Zeit den Tatsachen entsprechen. Sie werden natürlich in erster Linie die Fleischler berücksichtigen, die schon seit längerer Zeit sich mit dem Verkauf von Gefrierfleisch befaßt haben und damit in erster Linie gezeigt haben, daß sie ein gewisses Verantwortungsgefühl für die Fleischversorgung der Bevölkerung besitzen. Für die noch übrig bleibenden zu vergebenden Konzessionen sind die einzelnen Bezirksämter angewiesen worden, eine derartige Verteilung vorzunehmen, daß ungefähr auf 8000 bis 10000 Seelen eine Verkaufsstelle kommt.

Wahrscheinlich wie beim Fleisch liegen die Dinge bei den Kartoffeln. Was für ein Geschrei haben die Herren Agrarier über die Preispanne des Handels gemacht. Aber wenn die Probe aufs Exempel gemacht wird, dann verjagen die Herren. Vor einigen Jahren stand auch einmal die Kartoffelfrage zur Debatte. Und es wurde von der Stadt der aus den Kartoffelgenossenschaften resultierenden Handelsgesellschaft der Auftrag gegeben, 300000 Zentner unter Umgehung des Handels zur direkten Versorgung der städtischen Bevölkerung zu liefern. Und was ist gescheit worden? 30000 Zentner. Nun möchte man die Stadt mit der Lagerung von großen Mengen von Kartoffeln für die Frostperiode belästigen. Eine Gefahr für die Kartoffelversorgung Berlins ist angeht die überreichlich ausgefallenen Ernte, die es sogar den Landwirten ermöglicht, Kartoffeln für die Schweinemast zu verwenden, nicht vorhanden. Die Lagerung großer Kartoffelmengen müßte erhebliche Verluste für den Stadtsäckel zur Folge haben, da geeignete Lagerräume für derartig große Mengen Kartoffeln, die etwa für vier Wochen reichen würden, in Berlin weder vorhanden noch zu beschaffen sind. Aber das möchte man ja gerade, um nachher den „sozialistischen Magistrat“ für derartigen Schaden verantwortlich zu machen und das propagandistisch auszunutzen.

In der Milchfrage ist ein Eingreifen der Stadt, nachdem auch der letzte Rest der Möglichkeit einer Beeinflussung durch das Verschwinden der Milchordnung, die dank den Bemühungen des Grafen Koenig erfolgt ist, unmöglich. Es ist nur eins von dem ganzen Wirren der Stadt Berlin bei der Milchfrage geblieben, die hygienische Kontrolle der in Berlin ankommenden Milch. Die Stadt Berlin hat für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln getan, was sie nur tun konnte. Und damit sie mehr zu tun in der Lage ist, muß die Stadtverordnetenwahl am 25. Oktober so ausfallen, daß über dem roten Hause Berlins wieder die rote Fahne der Sozialdemokratie weht.

Der Bürgerrat meldet sich.

Bei den Stadtverordnetenwahlen im Jahre 1921 marschierte der famose Bürgerblock noch geschlossen. Diesmal kann von einer einheitlichen Front der bürgerlichen Parteien nicht die Rede sein. Die Sozialdemokratie hat durch ihre Haltung im Berliner Rathaus den Bürgerblock zu sprengen verstanden. Um so lustiger wirkt es, wenn der „Bürgerrat von Groß-Berlin“ in einem Werbebroschur vom 16. Oktober sich an zahlungskräftige Firmen wendet, und sie bittet, seinem Kampffonds Mittel zur Verfügung zu stellen. Dieser Bürgerrat mit seinem famosen Kampffonds ist wahrscheinlich nichts anderes mehr, als eine Hilfsorganisation für den Rechtsblock der Deutschnationalen und der Volkspartei, die in der Öffentlichkeit ihre Propaganda in dem Stille betreiben, als ob sie die eigentlichen Hüter der bürgerlichen Interessen gegenüber den verräterischen Demokraten und Zentrumsmännern seien. Mit Bürgerrat und ohne Bürgerrat wird die Pleite nicht aufzuhalten sein.

Der Antisemitenblock.

Draußen im Lande bereitet man sich jetzt für die Wahlen zu den Provinzialparlamenten vor. Fast überall bilden die Rechtsparteien bei diesen Wahlen einen geschlossenen Block. So liegt heute eine Meldung vor, wonach in Westpreußen die Deutschnationalen

Kommunistische Lügen.

Wir haben uns mit den ewigen Lügen und Verleumdungen der Kommunisten in diesem Wahlkampf so wenig wie möglich befaßt. Die Kommunisten haben durch ihre sinnlose Radantaktik, durch ihre dauernde Unterföschung der Rechtsparteien, durch den Abbau der sozialdemokratischen Stadträte zur Genüge gezeigt, was Geistes Kinder sie sind. Sie sind selber daran schuld, wenn sie außerhalb ihres geschlossenen Organisationskreises auf niemanden mehr Eindruck machen. Die einmütige Ablehnung, die die kommunistischen Diskussionsredner in allen Wählerversammlungen überall erfahren, ist ein deutlicher Beweis dafür, daß man außerhalb des engeren Kreises der kommunistischen Funktionäre und Parteimitglieder die Quasselbrüder fall hat. Wir wollen deshalb auch heute auf die Lügen der „Roten Fahne“ nicht eingehen. Die Phantasieerzählung, die der abgelegte Max Dörr aus dem Staatsauschuss verbreitet hat, werden dadurch nicht wahrer, daß sie von der „Roten Fahne“ jeden Tag wiederholt werden. Die Sozialdemokratie und nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch andere Parteien, denken gar nicht daran, einer Erhöhung der städtischen Werkstatte für die Neubauten zuzustimmen. Wohl aber werden wir den verbündeten Volksparteier und Kommunisten, die den Anleiheverhandlungen Berlins Schwierigkeiten bereiten möchten, energig entgegenzutreten wissen. Wir wissen, daß auch in der neuen Stadtverordnetenversammlung die Kommunisten nichts anderes sein werden, als was sie auch in der alten gewesen sind.

Die Steigbügelhalter der Reaktion.

nale Volkspartei die Deutsche Volkspartei und die Deutschpolitische Freiheitspartei und Knüppelungen der Deutschsozialen Partei einen Wahlblock Schwarz-Weiß-Rot gebildet haben, um gemeinsam und vereint den Wahlkampf in Oberschlesien unter Hinanzsetzung einzelner Sonderinteressen zu führen. Die Volkspartei geniert sich also gar nicht, mit ausgesprochenen Antisemiten in einer Front zu marschieren. Sie enthält ihre schwarzweihrote monarchistisch-reaktionäre Gesinnung hemmungslos. Wie wird es der armen Volkspartei nur ergehen, wenn sie bei einem Reichstagswahlkampf um die Anerkennung des Vertrages von Locarno sich mit ihren schwarzweihroten judenfeindlichen Bundesgenossen auseinandersetzen muß. Was sagt der arme Dr. Caspari zu diesem Bündnis. Zunächst muß er resignierend auf sein Stadtverordnetenmandat verzichten. In Wilmersdorf, wo er bisher kandidierte, ist ihm ein Generaldirektor Bilm als Spitzenkandidat auf die Nase gesetzt worden. Da die Volkspartei aber in Wilmersdorf im besten Falle nur ein Stadtverordnetenmandat erhalten wird, so ist die Richtwiedererte des Kammergerichtsrats Dr. Caspari beschlossene Sache. Er scheint auf dem Altar des völkisch-antisemitischen Kurzes geopfert zu sein, der Traum von der Stadtverordnetenwahlherrlichkeit ist dahin. Es lebe der schwarzweihrote Antisemitenblock!

„Hirsch jüdische Göttin.“

Nachdem Papa Laderrenz in der deutschnationalen Versammlung in den Kammerlaken seinem trampelnden Publikum beiderlei Geschlechts das auswechselbare „Unannehmbar“ der deutschnationalen Landesverbände mitgeteilt hatte, trat der wilde Pfarrer Julius Koch in Front. Er war ebenso langweilig wie aufgeregt, murmelte etwas vom „Judentum auf dem Ressegelände“ (soll heißen Judentum), erhob sich über die „jüdische Göttin“ (soll heißen die vom preussischen Staat kürzlich angekaufte griechische Statue), bei der selbstverständlich der Vermittler „Hirsch aus Gien“ sein Geschäft gemacht habe. (Aufse: Natürlich! natürlich!) Den Völkischen sagte Koch, daß ihre Führer zu feige seien, um in Arbeiterversammlungen zu gehen. Bei ihnen aber (den Deutschnationalen) würden sie Stunt machen. Republikanische Gegner, die zu sprechen verstanden, wurden unter schredenerregendem Stimmensaufwand niedergebrellt. So ist es ja bei dieser völlig disziplinlosen Gesellschaft immer.

Dänische Kinder in Berlin.

Gestern abend kurz nach 9 Uhr trafen auf dem Stettiner Bahnhof 102 dänische Kinder in Berlin ein, die, wie erinnerlich, einer Einladung des Roten Kreuzes zu einem achtstägigen Aufenthalt in der Reichshauptstadt freudig Folge geleistet haben. Den Hauptanstoß zu der Einladung der fremden kleinen Gäste gab die mit dem heutigen Tage beginnende „H. G. Andersen-Ausstellung“ in der Staatsbibliothek. Weiterhin soll es ein kleiner Dank für die liebevolle Aufnahme deutscher Kinder in Dänemark während des Sommers bedeuten. Auf dem Bahnhof hatten sich viele Mitglieder der dänischen Kolonie und die deutschen Bizeletern der dänischen Kinder eingefunden. Die Musikpöppe des Roten Kreuzes spielte bei der Einfahrt des Zuges die dänische Nationalhymne. Bald hatte ein jeder seinen Schlingel herausgefunden und die von der zwölfstündigen Fahrt ermüdeten Kinder mögen bald in den Mauern Berlins in das Traumland hinübergewechselt haben.

Täglich um 10 1/2 Uhr vormittags treffen sich die Kinder vor dem Potsdamer Bahnhof, um von hier aus unter fachkundiger Leitung Berlin und Umgebung kennenzulernen.

Zimmer wieder Schiffe auf Eisenbahnzüge.

Unausrotbar ist anscheinend der Unflug, auf fahrenden Stadt- und Vorortbahnzüge zu schießen oder sie mit Steinen zu bewerkeln. So wurde erst vor einigen Tagen wieder ein Vorortzug nach Legal in der Höhe der Eichhornstraße mit einem faulstrogenen Stein beworfen. Eine Fensterhebe wurde zertrümmert; von den Fahrgästen wurde zum Glück niemand verletzt. Schwere Folgen hatte ein Schuß der in der Höhe der Papststraße auf einen nach Posen fahrenden Zug abgegeben wurde. Das Geschöß durchschlug den Fensterrahmen, zerlegte die Zeitung eines lebenden Fahrgastes, kreuzte die Stirn eines neben diesem sitzenden Knaben

und blieb in dem linken Oberarm des dritten auf der Bahnsitzenden Reisenden stecken. Dem Geschöß nach zu urteilen, ist der Schuß aus einer englischen Kleinkaliberwaffe abgefeuert worden. Der Schütze konnte nur in einem bestimmten Laubengelande gestanden haben, bei dessen Abfuchen die Beamten mehrere Leihings und Revolver fanden. Die Besizer wollen ihre Waffen seit längerer Zeit nicht gebraucht haben. Die Nachforschungen haben bisher noch keinen bestimmten Anhalt ergeben. Durch die Aufmerksamkeit des Publikums gelang es, 6 Schüler zu fassen, die in der Nähe des Bahnhofs Landsberger Allee einen Zug mit Steinen beworfen hatten. Es sind Jungen im Alter von 12 bis 14 Jahren. Hier entstand nur geringer Sachschaden. Der letzte dieser Fälle ereignete sich gestern nachmittag gegen 6 Uhr. Es wurde ein nach Niederhönneweide fahrender Zug in der Nähe des Bahnhofs Treptow beschossen. Die Abfuchung des Geländes blieb erfolglos.

Schwarzweihrote Maulausreißer.

Die Vereinerung des deutschnationalen Phrasenbrosches hat bei der Wahlarbeit für die Stadtverordnetenwahlen sehr beträchtliche Fortschritte gemacht. Daß auf Säulenanschlägen der deutschnationalen Umfölpartei das im Wahlkampf umstrittene Berlin dreifach als „Hindenburgs Reichshauptstadt“ bezeichnet wird, haben wir bereits festgenagelt. Berlin Hindenburgs Reichshauptstadt? Glauben die Verbreiter dieses Blödsinns, daß die Bevölkerung Berlins die Berliner Ergebnisse der Reichspräsidentenwahl vergessen hat? Am 26. April d. J. konnte in Berlin der schwarzweihrote Reichsblock, der Hindenburg als Mann seines Vertrauens auf den Schild erhoben hatte, ganze 37 Prozent aller hier abgegebenen Stimmen aufbringen. Nicht viel mehr als ein Drittel der Berliner Wählererschaft erklärte sich für Hindenburg. Und darum heißt den Schwarz-Weiß-Roten jetzt Berlin „Hindenburgs Reichshauptstadt“. Es war schon immer die Art dieser Gesellschaft, das Maul möglichst weit aufzureißen. Wähler und Wählerinnen, stopft es den Schwarz-Weiß-Roten bei den Stadtverordnetenwahlen, indem ihr für die Sozialdemokratie stimmt!

Das neue Reisebureau im Bahnhof Friedrichstraße.

Das bisherige, unter den Stadtbahnhöfen des Bahnhofs Friedrichstraße untergebrachte Mitteleuropäische Reisebureau entsprach nicht den Bedürfnissen des Verkehrs. Ein neues Bureau im Neubau dieses Bahnhofs wird in den nächsten Tagen dem öffentlichen Verkehr übergeben werden. Dieses Reisebureau wird, als das zweitgrößte Berlins, auch den stärksten Ansprüchen der Hauptreisezeit gewachsen sein. Eine Gesamtfläche von 350 Quadratmetern, dabei ein Publikumsraum von circa 200 Quadratmetern, steht dem neuen Bureau, das unmittelbar vor der Empfangshalle des Bahnhofs her zugänglich ist, zur Verfügung. Das Publikum wird hier jomohi die einfachsten Sonntagsfahrarten, wie das Rundreisestillet um die Welt einschl. Hotel-Unterkunft, ferner Welt- und Paktarten erhalten können. Das Bureau leistet dem Reisenden kostenlose Auskunft in allen Reiseangelegenheiten; es veranstaltet Gesellschafts- und Pauschalreisen. Ein besonderer Schalter als Geldwechselstelle (einschl. Reisekreditbriefe) und auch ein Schalter für Reisebüros (einschl. Reisebücher) sind vorgesehen. Die Reichszentrale für Deutsche Verkehrswerbung, als die Zentralstelle für die Förderung des deutschen Fremdenverkehrs, wird einen besonderen Auskunftsbeamten für die Information des Publikums zur Verfügung stellen.

Die Volkspartei auf Reisen.

Wie wir vor einigen Tagen schon melden konnten, haben die Volksparteier beim lieben Gott eine Bestimmung auf „Schindlers Morgenrot“ gemacht. Der Auftrag soll ruhig ausgeführt werden, denn man hat es mit ehrlichen Leuten zu tun. Oder spricht das vielleicht nicht für sie, wenn sie ein Wohlwille die Binden entspannen lassen, das mit der Verlogenheit befaßt ist, die alle mit „Sprechern hinausposaunen: „Wählt Deutsche Volkspartei!“ Eine bessere Geste und ein schöneres Symbol ist doch für diese schwarzweihroten Herrschaften gar nicht denkbar: ein Sautsprecher und nichts dahinter als allenfalls ein großer Mund. Ja, es ist wirklich etwas Schönes um idealverkündende Symbole! Wie wäre es, wenn die Deutschnationalen mit einem Geschrank, die Demokraten mit einer Schaufel und die Kommunisten mit einem Sod voll Thralen spazierenführen? Es wären da noch allerhand hübsche Vorschläge möglich, aber schließlich ist ihre Verwirklichung überflüssig, da die Bevölkerung Berlins sowieso weiß, welche Rollen sie morgen bei der großen Uprekennung übersehen wird. Sautsprecher ist im neuen Stadtparlament der Zutritt verboten!

Auch eine Preisabwärtigung. In der nächsten Woche wird der Milchpreis für einen Liter 35 Pf. betragen. Er ist damit um 1 Pfennig gesunken.

Einen fürchterlichen Tod erlitt der bei der Baufirma Hohl beschäftigte Arbeiter Gustav Risch aus Neuhof. Zur Bereitung von Mörtelkittung war eine Mischmaschine auf der Baustelle aufgestellt worden. Unachtsamerweise kam R. dem Getriebe zu nahe und wurde in die Maschine hineingezogen. Als das Unglück bemerkt wurde, lagen nur noch die Füße des R. aus dem Getriebe hervor. Als man die Maschine zum Stehen gebracht hatte, konnte nur noch der vollständig zerquetschte Körper des Unglücklichen geborgen werden.

Schon wieder zwei schwere Bauunfälle. Kurz vor Redaktionsschluss kommt die Meldung von zwei folgenschweren Bauunfällen. So verunglückte auf einem Neubau in Reinickendorf, Orl, in der Residenzstraße 127, ein Arbeiter schwer. Von dem Neubau der Elektrizitätswerke der Firma Siemens-Schuckert am Kottbuser Ufer, Ecke Grünauer Straße, geht uns gleichfalls die Meldung eines schweren Bauunfalls zu, der Menschenopfer forderte. Einzelheiten stehen jedoch noch aus.

Mord an Mutter und Kind. In Stuttgart wurde die 33 Jahre alte Ehefrau des Kraftwagenführers Schulzinski und ihr 1 Jahr altes Kind ermordet. Der Täter, der 27 Jahre alte Mechaniker Karl Gähler, der mit einer Schwester der Ermordeten verheiratet ist, brachte der Frau und dem Kinde tödliche Schnittwunden am Hals bei. Er stellte sich darauf der Polizei.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

14. Revis Reuillen. Die Arbeiter-Sammler befinden sich morgen, Sonntag, nicht bei Reu. sondern im Jodel-Rosino, Weichselstr. 8. Telefon: Reuillen 406.
 1. Wbl. Treffpunkt zur Wahlveranstaltung Sonntag morgen 8 Uhr bei Junke, Friedrichstr. 31.
 18. Wbl. Zur Wahlarbeit treffen sich alle Genossen morgens 8 Uhr bei Trümmer, Reinickendorf, Str. 3. - Berlin, Sonnabend, abend 6 1/2 Uhr Treffpunkt am Rindmühlengraben.
 21. Wbl. Reichenow. Wahlbureau: Kluge, Schötenstr. 40-41. Telefon: Reichenow 1143. Öffnet von 8 Uhr morgens an. - Abends Treffpunkt bei Kluge zur Bekanntgabe der Wahlergebnisse (Mittel).
- Jugendpolitische Vereinigung, Gruppe Alexander. Jeder Einzelne von uns beteiligt sich am Sonntag bei der Wahlarbeit der für ihn zuständigen Partei-Abteilung.
- Wbl. Arbeiter-Wahlleiter Reuillens treffen sich Sonntag früh 8 Uhr per Rad bei Engelstr. Oberstr. 28.

Jugendveranstaltungen.

- Jugendgenossen und Jugendgenossinnen, macht es Euch zur Pflicht und Pflicht auch den jugendlichen Parteimitgliedern zur Wahlhilfe zur Verfügung! Reiner best fehlen. Bezirksvorstand der G.D.
- Wahlbezirk Alexander. Sämtliche Jugendgenossinnen und -genossen treffen sich zur Wahlarbeit morgen früh 8 Uhr in der Nordstraße-Spätlin Wilmersdorfer Str. 48. Das Erreichen eines jeden ist Pflicht.
- Wahlbezirk Reuillen. Morgen abend 10 Uhr Leben zur Revolutionstreffen im Saal Rosino, 28. Schötenstr. 40.

